

# Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand

## *Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik*

**Arno Pilgram**

*Unsicherheit als Normalzustand anzuerkennen, bedeutet Sozialpolitik neu zu denken. Eine so entstehende radikalisierte Sozialpolitik hätte vor allem die Aufgabe, Infrastruktur für alle Formen von Arbeit und für das „Betreiben des eigenen Lebens“ bereitzustellen.*

Die Titelzeile ist offen für Missverständnisse. Was wünschen wir uns mehr als Sicherheit? Wofür kämpfen wir ständig, auch politisch? Wenn das als unwichtig erklärt wird, könnte es als ziemlicher Affront verstanden werden. Klingt der Aufruf, Unsicherheit zu akzeptieren, nicht sehr nach der neoliberalen Melodie, jeder und jede schaue klugerweise selbst, wo er oder sie bleibt und wie man sich am besten selbst absichert?

Es geht also zuerst darum, Missverständnisse zu vermeiden. Anerkennung von Unsicherheit heißt zunächst, sie in richtiger Weise wahrzunehmen und einzuschätzen. Dazu gehört es, keinen Täuschungen über Sicherheit zu erliegen und falsche Sicherheitsversprechen und Sicherheitspropaganda zu durchschauen.

Damit möchte ich einsteigen: Sicherheit nicht als mehr oder minder verwirklichten (oder überhaupt verwirklichbaren) Zustand zu verstehen, sondern als politisches Versprechen und als Herrschaftstechnik.

Diese Herrschaftstechnik besteht darin, Sicherheitsgarantien in Aussicht zu stellen, sie aber an die Erfüllung von Bedingungen (und deren Akzeptanz) zu knüpfen. Damit werden sie a priori schon wieder beschränkt und Menschen unsicher und lenkbar gemacht. Es kann helfen, Politik sozialer Sicherheit einmal selbst als Politik sozialer Kontrolle, Spaltung und Verunsicherung zu beleuchten, um sich nicht vor jeden neoliberalen Reformkarren spannen zu lassen, der immer wieder einmal durch für die Wirtschaft und uns alle schlechte, aber zu erduldenen Zeiten gezogen werden muss.

## **Sicherheit als politisches Versprechen und Herrschaftstechnik zu erkennen, heißt Unsicherheit zu erkennen**

Sicherheitsversprechen sind eine herrschaftsgeschichtliche Konstante: Weltliche Herrschaft gründet neben ursprünglicher Gewalt auch auf handfesten Sicherheitsversprechen. Jede Herrschaft funktioniert nur durch Unterordnung und Mitwirkung, und dafür braucht sie wiederum Legitimation, und zwar durch manifeste Leistungen und nicht bloß durch unterstelltes Gottesgnadentum. Diese Herrschaftslegitimation erfolgt in erster Linie durch konkreten Schutz vor äußeren und inneren Feinden. Sicherheit vor Kriegen von außen und im Inneren ist das älteste und wohl auch schon vorstaatliche Sicherheitsversprechen von Herrschaft.

Nach dem Aufstieg des Bürgertums bedurfte es als Gegenleistung für dessen allgemeine Unterstützung und Loyalität und zur Herrschaftslegitimation auch noch der Garantie, den Missbrauch der für die Feindabwehr nötigen staatlichen Machtmittel zu unterbinden (also auch noch der Legitimation durch „Rechtssicherheit“ und Gewaltenkontrolle durch Gewaltenteilung). Die Zusicherung des rechtmäßigen (primär defensiven) Umgangs mit Zwang und Gewalt ist ein Phänomen des bürgerlichen Zeitalters und moderner staatlicher Herrschaft. Sie garantiert in erster Linie den Schutz des unternehmerischen Privateigentums und der Vertragssicherheit.

Umfangreiche soziale Sicherheitsgarantien von staatlicher Seite sind noch ein Stück jünger und immer sehr zurückhaltend und „subsidiär“ gehalten gewesen. Sie sind davon motiviert, dass sich Menschen aus traditionellen Bindungen und Gemeinschaften lösen und sich auf den „Arbeitsmarkt“ begeben. Die staatlich vermittelte Absicherung gegen Lebensrisiken (vor allem durch gegenseitige Sozialversicherung der Lohnabhängigen) unterstützte die allgemeine Durchsetzung der Lohnarbeit und der kapitalistischen Produktionsweise. Am weitesten ging die Absicherung zu Zeiten und an Orten des fordistischen Wohlfahrtsstaates, als die sozialstaatliche Infrastruktur für die Reproduktion der knapp gewordenen Arbeitskraft auch jenen noch Mittel zum Überleben bereitstellte, die sich gegen eine an Lohnarbeit orientierte Lebensführung entschieden.

Hier wäre es lohnend, aktuelle Facetten der Veränderung staatlicher Sicherheitsversprechen zu behandeln. Dazu gehört die zunehmende Fokussierung auf Sicherheit vor Kriminalität und ein damit verbundenes „subjektive Sicherheitsgefühl“, das heißt ein gutes Sicherheitsgefühl insbesondere durch mehr Schutz vor Kriminalität. Dieses Sicherheitsversprechen dient als Ersatz für reduzierte andere soziale Sicherheitsangebote, lenkt soziale Ängste auf Außenseiter\*innen und den Mitteleinsatz auf den Polizeiaufbau. Die angstauslösende Enttäuschung sozialer Sicherheitsversprechen wird sozialen Gefährder\*innen angelastet und die Frustration an ihnen an falscher Stelle ausgelassen.

Sicherheitsversprechen sind zu verführerisch, um nicht gerne an sie zu glauben. Wer hofft nicht auf Sicherheit? Der Wunsch nach ihr verführt zur Anerken-

nung von vielfältigen Bedingungen für die Sicherheitsgewährleistung. Man sagt und bestätigt uns zwar, wir hätten ein Recht auf Sicherheit und im staatlichen Herrschaftsapparat den Garanten dafür. Tatsächlich ist das Recht auf Sicherheit jedoch an unzählige Bedingungen geknüpft. Gewährleistet sind nur bestimmte Sicherheitsgarantien für bestimmte Gruppen, die gewisse Voraussetzungen zu erfüllen haben: die Geburtsrechte besitzen (eine passende Nationalität), die Vorleistungen / Einzahlungen ins System – wie es so schön heißt – vorweisen können, die vor allem Disziplin / Kontinuität im Erwerbsleben vorzuzeigen haben ebenso wie Konformität mit Rechts- und gesellschaftlichen Normen in Bezug auf Lebensführung und politische Verhaltensmuster. Sicherheitsversprechen sind Herrschaftstaktik, um die Erfüllung dieser Voraussetzungen, Eigenleistungen, Selbst- und Sozialkontrolle durch die Sicherheitsbenefiziarer durchzusetzen.

Sicherheit will verdient sein. Sie kann außerdem entzogen werden. Die Sicherheitsbenefiziarer können gegeneinander ausgespielt, privilegiert und sanktioniert werden; die Gunst kann zwischen ihnen wandern. Mit der jeweils versprochenen und erwarteten Sicherheit wird eine ganze Menge akzeptiert und „mitunterschrieben“, das wesentlich für soziale Verunsicherung ist, nämlich der Druck, Sicherheitsansprüche gegenüber dem Staat in Konkurrenzverhältnissen erwerben und bewahren zu müssen.

Sicherheitsversprechen haben zwei Seiten: Sie versprechen zugleich Sicherheit als Privileg und Vorrecht, und sie implizieren Diskriminierungen und damit eine gesellschaftliche Klassenordnung – war keine ganz starre, aber beruhigend dadurch, dass sie Wettbewerbsbedingungen schafft und deren Regeln als Gerechtigkeit idealisiert. In Wahrheit sind die sozialen Sicherheitsversprechen Unsicherheitsankündigungen, so wie sie im Paket mit anderen Botschaften daherkommen: Zuerst muss die Wirtschaft wieder wachsen, müssen Standorte im internationalen Wettbewerb gesichert und die Betriebe von Steuern und Sozialabgaben entlastet werden; außerdem muss das dadurch gestresste Sozialsystem durchforstet werden; schließlich sind Arbeitnehmer\*innen gezwungen, ihre Arbeitskraft mit unternehmerischer Eigeninitiative und marktkonform einzusetzen. Sicherheitsversprechen sind zugleich Drohungen. Wenn bei der Sicherheit für das Kapital nicht alle mitspielen, wird die Zahl der Verlierer\*innen noch größer werden.

Die stimulierte Hoffnung auf Wachstum, auf mehr und lebenssichernde Lohnarbeit für alle sowie auf Vollbeschäftigung ist etwas, das vor allem die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie in die Bredouille bringt. Linker Traditionalismus, eine „Haltung mit ihrer Fixierung auf Lohnarbeit und Vollbeschäftigung macht Gewerkschaften und Sozialdemokratie politikunfähig: Die Gewerkschaft wird zum Verein der Arbeitsplatz-Verteidigung für die immer kleiner werdende Gruppe der ‚gesicherten‘ Arbeiter\*innen. Daher kann sie keine Ökologiepolitik machen, keine vernünftige Einwanderungspolitik, auch keine Sozialpolitik [für alle, A.P.] Und die Sozialdemokratie ist allseitig durch die Wirtschaft erpressbar, weil sie ihre Wähler\*innen nur zusammenbringt, wenn sie als Vollbeschäf-

tigungspartei glaubhaft ist. Daher macht sie Politik für das Kapital unter dem Stichwort ‚Standort-Sicherung‘ und versucht sie als Arbeitsmarktpolitik zu verkaufen“ (Steinert 2005: 57).

Der neoliberale Umbau der Produktionsweise zielt tatsächlich und erfolgreich darauf ab, die Verhältnisse der Lohnarbeitsvollbeschäftigung und darauf beruhender Sicherheiten nicht mehr entstehen zu lassen. Vielmehr wirkt die Sozialpolitik nun selbst darauf hin, preisgünstiges und flexibles Lohnarbeits-Unternehmertum zu generieren und nicht zuletzt damit vor allem zur Sicherung der Infrastruktur für die Kapitalreproduktion beizutragen (Steinert 2004).

### **Unsicherheit als Ausnahmezustand anzuerkennen wäre nichts Neues, wohl aber wäre neu, sie als Normalzustand anzusehen**

Unsicherheit zu thematisieren und als eine gesellschaftliche und politische Herausforderung zum Handeln anzunehmen, liegt in der Tradition der Sozialpolitik. Es wäre nichts Neues, Unsicherheit als Ausnahmezustand anzuerkennen und besondere Schutz- und Unterstützungs-Maßnahmen für bestimmte Zeiträume biografisch-episodischer Abhängigkeit zu realisieren.

Die gesamte klassische Sozialpolitik bzw. Sozialversicherungspolitik für unselbständig und (schein-)selbständig Arbeitende zielt auf die „Ausnahme“ des Lohn- und Einkommensausfalls und auf Kompensation dafür.

Immer wieder werden in der sozialpolitischen Debatte Appelle an Politik und Staat laut, da und dort sozial nachzubessern, bestimmten ungenügend beachteten „sozialen Gebrechen“ bzw. vernachlässigten sozialen Gruppen mehr Augenmerk zu schenken oder Geld-, Sach-, Qualifikations- und Rehabilitierungsleistungen gerechter zu bemessen bzw. zu verteilen und dabei besonderen Bedarf, frühere Verdienste oder künftige Erfolgsaussichten zu berücksichtigen. Diese Appelle werden gehört oder auch nicht und beeinflussen die andauernden Konkurrenzverhältnisse unter den Schutz- und Unterstützungsberechtigten.

Für einen bemerkenswerten Kunstgriff in der Konkurrenz zwischen den Benefiziaten von Sozialpolitik halte ich, dass sich heute gerade manche Privilegierte als schutzbedürftige Ausgebeutete, als Opfer eines Solidaritätsbeitragszwangs und ungerechter Umverteilung zugunsten von Sozialleistungsbeziehern darstellen. Sie inszenieren sich als jene, denen bei staatlicher Sozialpolitik zu wenig Beachtung und Fairness zuteilwird, die endlich Anspruch auf steuerliche Schonung und tarifliche Entlastungspolitik hätten.

Hierin bestätigt sich nicht zuletzt, dass gewährte Hilfen auf die Benefiziaten zurückfallen. Sie werden entweder als Abweicher\*innen von der Norm der Autonomie, der Markt- und Selbsterhaltungsfähigkeit betrachtet, im Gegensatz zu den „Erfüller\*innen“ dieser Norm (den berühmten Leistungsträger\*innen). Oder sie finden sich als mehr oder minder Berechtigte oder Unberechtigte bewertet und als Hilfsempfänger\*innen jedenfalls stets auch abgewertet wieder. Diskreditierung und Ausgrenzung sind die Kehrseite der sozialpolitischen An-

ererkennung von Ansprüchen, der Anerkennung von Unsicherheit immer nur als Ausnahme und Notzustand – und nicht als Normalzustand, der alle betrifft (zumindest phasenweise in Bezug auf Lohnarbeitsfähigkeit) und unter den heutigen Bedingungen der Produktivkraftentwicklung auch immer mehr überschüssig werdende Arbeitskräfte treffen wird.

Dieser Normalzustand der Unsicherheit wird aber weggeredet mit Normalitätsfiktionen von persönlichen Fähigkeiten und den allen angebotenen Ressourcen für deren Entfaltung sowie von zyklischen wirtschaftlichen Hochkonjunkturperspektiven, in der wir alle wieder einmal gebraucht und belohnt werden würden.

### Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik

Es stellt eine Herausforderung dar, Sozialpolitik neu zu denken – Nicht nur jenseits von Einkommensreduktion (bis die Wirtschaft wieder schnurrt und Arbeitsplätze schafft), sondern auch jenseits von Neo-Keynesianismus und Defizit-Spending. Ich beziehe mich hier auf die Diskussionsplattform „links-netz“, auf der „Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur“ konzipiert wird (AG links-netz 2012). Diese Diskussion geht ursprünglich auf einen kleinen Aufsatz von Heinz Steinert zurück, Gründer unseres Instituts für Rechts- und Kriminalsoziologie (IRKS) und später Soziologieprofessor in Frankfurt. Der Aufsatz trägt den Titel: „Eine kleine Radikalisierung von Sozialpolitik: Die allgemein verfügbare ‚soziale Infrastruktur zum Betreiben des eigenen Lebens‘ ist notwendig und denkbar“ (Steinert 2005).

Sein Ausgangspunkt: „Wenn es das gesicherte Lohnarbeitsverhältnis nur für wenige überhaupt und schon gar stabil und lebenslang geben wird, kann man soziale Sicherung nicht mehr auf den Anrechten aufbauen, die man [oder irgendwelche Familienangehörige, Anm.: A.P.] in ihm erwerben kann“ (ebd.: 57). Sein Vorschlag zur (tatsächlich gar nicht so) kleinen Radikalisierung von Sozialpolitik ist es, von einer sachgemessenen Erweiterung des Begriffes Arbeit auszugehen und dementsprechend die Reproduktion der Arbeitskraft an deren eigenen Bedürfnissen und nicht an ihrer Verwertbarkeit im Rahmen eines Lohnarbeitsmarktes zu orientieren.

Dass Arbeit nicht gleich Lohnarbeit ist, ist heute eigentlich außer in den offiziellen politischen Debatten klar. Ohne Hausarbeit, freiwillige und ehrenamtliche Arbeit sowie Eigenarbeit geht bekanntlich gar nichts. Noch dazu ist es bei diesen drei Formen der Arbeit – anders als bei vielem, was in Lohnarbeit produziert wird – auch eher gewährleistet, dass sie gesellschaftlich nützlich und notwendig sind.

Der oben genannte Vorschlag von Steinert läuft auf eine „Sozialpolitik als gesellschaftliche Infrastruktur“ hinaus, nämlich: „alle Arbeit in diesen ihren verschiedenen Formen zur Kenntnis zu nehmen und der Spezialform der Lohnarbeit den ihr zustehenden relativ geringen Stellenwert zuzuweisen. (...) Mit

dieser ‚kleinen Radikalisierung‘ wird also Sozialpolitik zur staatlichen Aufgabe, die Infrastruktur für alle Formen von gesellschaftlicher Arbeit, für das ‚Betreiben des eigenen Lebens‘ bereitzuhalten“ (ebd.: 59).

Eine solche Sozialpolitik besteht nicht darin, ein individuell fehlendes Lohnarbeitseinkommen zu substituieren und bezieht sich nicht auf besonders bedürftige Personengruppen bzw. überhaupt nicht auf Personen, sondern in erster Linie auf Infrastruktur. Diese wird nicht primär von den Wachstumserfordernissen für Wirtschaftsunternehmen und ihrer Konkurrenzfähigkeit her gedacht, sondern von einem angemessenen Lebensniveau, das für die gewünschte Teilnahme aller an der Gesellschaft und für die Mitgestaltung der Zukunft notwendig ist: „Die Person und ihr Grundeinkommen sind nicht die wichtigste Einheit einer Sozialpolitik als Infrastrukturpolitik. Entscheidend bleibt die Erweiterung des Angebots von (prinzipiell) kostenlosen und für alle zugänglichen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen“, die nicht der Warenform unterworfen sind. „Je breiter dieser Teil ist, desto weniger Geld wird für das Grundeinkommen gebraucht“ (Rätz 2011: o. S.).

Sicherheit durch Sozialpolitik ist demnach von der Organisation optimaler Bedingungen für Arbeit (im weitesten Sinn) und der eigenen Existenz in sozialen Zusammenhängen bzw. in selbstbestimmten Partizipationsverhältnissen abhängig. Das hat natürlich eine Unmenge an Implikationen, die erst in vielen konkreten Aushandlungsprozessen geklärt werden müssen. Es geht um den Ausbau der „Commons“, des Gemeineigentums, sowie um neue gesellschaftliche Produktionsformen, die von einem Bündel an Bewegungen und Initiativen „von unten“ als politisches Projekt angenommen und vorangetrieben werden (Zelik 2011).

Das wäre eine Sozialpolitik, die dem Umstand Rechnung trägt, dass Unsicherheit kein Ausnahmezustand, sondern der Normalzustand ist.

*Arno Pilgram ist Rechts- und Kriminalsoziologe und Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Armutskonferenz.*

### **Mögliche Quellenangabe**

Pilgram, Arno (2020): Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand. Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 107–113.

[www.armutskonferenz.at/files/pilgram\\_unsicherheit-als-normalzustand\\_2020.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/pilgram_unsicherheit-als-normalzustand_2020.pdf)

## Literatur

- AG links-netz (2012): Sozialpolitik als Bereitstellung einer sozialen Infrastruktur. [http://old.links-netz.de/K\\_texte/K\\_links-netz\\_sozipol.html](http://old.links-netz.de/K_texte/K_links-netz_sozipol.html) [Zugriff: 07.10.2020].
- Rätz, Werner (2011): Gutes Leben für alle. In: Analyse und Kritik – Zeitung für linke Debatte und Praxis, 562. [https://archiv.akweb.de/ak\\_s/ak562/15.htm](https://archiv.akweb.de/ak_s/ak562/15.htm) [Zugriff: 06.11.2020].
- Steinert Heinz (2005): Eine kleine Radikalisierung von Sozialpolitik: Die allgemein verfügbare ‚soziale Infrastruktur zum Betreiben des eigenen Lebens‘ ist notwendig und denkbar. In: Widersprüche, 97, S. 51–67.
- Steinert Heinz (2004): Über die hilflose Verteidigung des Sozialstaats, wie er war und die Notwendigkeit einer sozialen Infrastruktur, die von Lohnarbeit unabhängig ist. [http://old.links-netz.de/K\\_texte/K\\_steinert\\_hilflos.html](http://old.links-netz.de/K_texte/K_steinert_hilflos.html) [Zugriff: 07.10.2020].
- Zelik, Raul (2011): Nach dem Kapitalismus? Perspektiven der Emanzipation oder: Das Projekt Communismus anders denken. Hamburg: VSA Verlag.

Der Artikel entstammt dem Buch

# STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung  
die Demokratie gefährden



  
DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von  
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,  
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,  
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

**BoD-Verlag**

# Inhaltsverzeichnis

Editorial

**Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung** 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,  
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

## EIN-STIMMUNG

**Armut als Störfaktor** 19

*Über die Entwertung von Betroffenen*

Laura Wiesböck

**Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie** 27

*Die Perspektive from below*

Ellen Bareis

**Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem** 41

*Ein Gespräch zum Buch*

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

**Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie** 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen  
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

**Postdemokratie** 71

*Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden*

Colin Crouch

**Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie** 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen  
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

## STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

- Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat** 97  
*Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft*  
Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek
- Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand** 107  
*Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik*  
Arno Pilgram
- Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie** 115  
Hannah-Maria Eberle

## STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

- Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen** 131  
*Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt*  
Christine Unterrainer
- Kommentar
- Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung** 141  
*Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit*  
Wolfgang wodt Schmidt
- Das Genossenschaftsprojekt OTELO** 145  
*Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften*  
Martin Hollinetz
- Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein** 149  
*Reinkommen statt ‚draußen sein‘*  
Karl Immervoll
- Digitalisierung inklusiv gestalten** 153  
*Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter*  
Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
<b>Wenn Algorithmen für uns entscheiden</b>	<b>163</b>
Erich Tomandl	

## **STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE**

<b>Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein</b>	<b>167</b>
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

<b>„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“</b>	<b>177</b>
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

## **STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT**

<b>Gentrifizierung im öffentlichen Raum</b>	<b>183</b>
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

<b>Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen</b>	<b>193</b>
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
<b>Proteststimmen von unten</b>	<b>203</b>
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

## **LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!**

<b>Exklusive Demokratie</b>	<b>207</b>
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

<b>Wahlrecht für alle, die hier leben!</b>	<b>213</b>
<i>Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich</i>	
Magdalena Stern	

## **STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG**

<b>Politik und Zufall</b>	<b>219</b>
<i>Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren</i>	
Michael Lederer	

<b>Stimme(n) erheben</b>	<b>225</b>
<i>Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie</i>	
Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl	

<b>Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken</b>	<b>231</b>
Alban Knecht	

<b>Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz</b>	<b>237</b>
<i>Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren</i>	
Marianne Schulze	

<b>Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen</b>	<b>241</b>
<i>Status Quo, Defizite, Perspektiven</i>	
Michaela Moser	

## **STIMMEN GEGEN ARMUT!**

<b>Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise</b>	<b>247</b>
Verena Fabris und Martin Schenk	

<b>DIE ARMUTSKONFERENZ.</b>	<b>257</b>
<i>Es ist genug für alle da!</i>	
<i>Armut bekämpfen. Armut vermeiden.</i>	

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und  
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium  
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium  
Soziales, Gesundheit, Pflege  
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt  
Bundesministerin für Frauen,  
Familien und Jugend



**SCHLECHT  
BEZAHLTE  
ARBEIT IST  
WORK OHNE LIFE  
UND BALANCE.**

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,  
der uns vor Ausbeutung schützt.

**WIR - GEMEINSAM. AT**

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

# MENSCHEN IN NOT CHANCEN SCHENKEN

[roteskreuz.at/ich-brauche-hilfe/Individuelle-Spontanhilfe](http://roteskreuz.at/ich-brauche-hilfe/Individuelle-Spontanhilfe)  
[roteskreuz.at/ich-will-helfen/Individuelle-Spontanhilfe](http://roteskreuz.at/ich-will-helfen/Individuelle-Spontanhilfe)



ÖSTERREICHISCHES  
ROTES KREUZ

*Aus Liebe zum Menschen.*

**NEUSTART**

Wir machen uns gemeinsam stark für eine Sozialpolitik,  
die einen Rückgang der Kriminalität bewirkt.



... Leben ohne Kriminalität. Wir helfen.

... [www.neustart.at](http://www.neustart.at)

